

Ausschuß für Innere Verwaltung**Protokoll**

26. Sitzung (nicht öffentlich)

8. Oktober 1987

Düsseldorf - Sitzungssaal des Innenministeriums,  
Haroldstraße 5

13.30 bis 16.15 Uhr

Vorsitzender: Abg. Pohlmann (SPD)

Stenographen: Eilting, Frau Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:Diskussion  
Seiten

## 1 Haushaltsgesetz 1988

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/2250 und 10/2251

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlagen 10/1177 und 10/1178  
Zuschrift 10/1404

## Einführung und erster Beratungsdurchgang

Der Ausschuß nimmt einen Einführungs-  
bericht von MR Huylmanns (IM) entgegen.

2 - 4

In dem folgenden Beratungsdurchgang  
werden Fragen zu Personal- und Sach-  
titeln des Einzelplans 03 von Ver-  
tretern des Ministeriums beantwortet.

4 - 10

Diskussion  
Seiten

- 2 Gesetz über die Anerkennung als Markscheider  
 (Markscheidergesetz)  
 Gesetzentwurf der Landesregierung  
 Drucksache 10/2103  
 Mitberatung
- Nach kurzer Beratung empfiehlt der Ausschuß einstimmig, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.
- 10
- 
- 3 Gesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes  
 (GFD)  
 Gesetzentwurf der Landesregierung  
 Drucksache 10/1565  
 Vorlagen 10/878, 10/927, 10/1054, 10/1140 und  
 10/1152  
 Zuschriften 10/1072, 10/1245, 10/1261, 10/1265,  
 10/1318, 10/1322, 10/1325, 10/1326,  
 10/1340, 10/1352, 10/1364, 10/1374,  
 10/1377, 10/1378, 10/1399 und 10/1414  
 Erster Beratungsdurchgang
- Der Ausschuß erörtert lediglich das weitere Verfahren und kommt überein, den Gesetzentwurf Anfang nächsten Jahres zu beraten und ihn möglichst bis März 1988 zu verabschieden.
- 11
- 
- 4 Tätigkeit des Fernmeldedienstes der Polizei Nordrhein-Westfalen  
 Bericht des Innenministers
- LPD Lutze (IM) erstattet Berichte über
- Organisation und Aufgaben des Fernmeldedienstes der Polizei
  - sowie
  - Beschaffung von technischem Gerät für die Polizei
- 12 - 14
- 15 - 17
- Anschließend kommt es zu einer Aussprache, in der Vertreter des Innenministeriums die sich ergebenden Fragen beantworten.
- 18 - 20

Diskussion  
Seiten

- 5 Gewährleistung der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen durch eine qualifizierte, moderne Polizei  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/2073  
Einführung und Stellungnahme der Landesregierung  
Der Ausschuß vereinbart, die Beratung zurückzustellen, bis die Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P. vorliegt.      20 - 21
- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlÜAG)  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/2149 (Neudruck)  
Mitberatung  
Nach kurzer Erörterung der Probleme mit Vertretern des Innen- und des Arbeits- und Sozialministeriums wird die weitere Beratung zurückgestellt.      21 - 22
- 7 Kulturstiftungen  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/2061  
Mitberatung  
Die Beratung wird auf Wunsch der CDU-Fraktion, die noch einen Erfahrungsbericht vom Innenminister erbittet, vertagt.      22 - 23

Diskussion  
Seiten

8 Neuberechnung der Personalstärke der Kreispolizei-  
zeibehörden

Vorlage 10/1211

Bericht des Innenministers

Der Ausschuß nimmt einen kurzen Bericht des Ministers Dr. Schnoor entgegen, an den sich Fragen der Abgeordneten anschließen.

23 - 25

POR Glietsch (IM) trägt dem Ausschuß sodann Einzelheiten zu dem Gutachten "Stärke der Schutzpolizei bei den Kreispolizei-  
behörden im Lande Nordrhein-Westfalen" - Vorlage 10/1211 - vor.

25 - 29

Der Ausschuß debattiert sodann einzelne Aspekte der Neuberechnung und bittet den Innenminister, bei der Kräftezuweisung bis zu einer erneuten Beratung im Innenausschuß nicht nach den vorliegenden Modellrechnungen zu verfahren.

29 - 32

-----

Ausschuß für Innere Verwaltung  
26. Sitzung

08.10.1987  
ei/sd-mm

### Aus der Diskussion

Der Vorsitzende teilt vorab mit, der Vorsitzende des Hauptausschusses, Prof. Dr. Farthmann, habe angeregt, in allen Ausschüssen zu prüfen, welche Konsequenzen aus dem Bericht der Landesregierung "Bevölkerungsentwicklung und Regierungshandeln in Nordrhein-Westfalen" - Vorlage 10/1105 - zu ziehen seien. Er werde den Punkt nach den Haushaltsberatungen auf die Tagesordnung setzen.

Zur geplanten Informationsreise zum Thema "Katastrophenschutz" nach Frankreich sei zwischen den Sprechern der Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt worden, daß eine Kommissionsreise beantragt werden sollte. Da in diesem Jahr keine Mittel mehr zur Verfügung stünden, schlage er vor, die Reise für das nächste Frühjahr anzumelden. - Der Ausschuß stimmt zu.

Zu 1: Haushaltsgesetz 1988

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/2250 und 10/2251

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlagen 10/1177 und 10/1178  
Zuschrift 10/1404

Einführung und erster Beratungsdurchgang

Der Vorsitzende bemerkt zu dem Beratungsverfahren, daß der Einzelplan 03 nach dem Terminplan eigentlich am 12. November abschließend beraten werden müßte. Das sei jedoch problematisch, weil die Fraktionen dann die Anträge vorher noch nicht beraten könnten. Da am Donnerstag, dem 26.11., eine Plenarsitzung stattfindet, biete sich als Ausweg an, Freitag, den 27. November, als zusätzlichen Sitzungstag vorzusehen.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
26. Sitzung

08.10.1987  
ei/sd-mm

Ministerialrat Huylmanns (Innenministerium) trägt folgenden Ein-  
führungsbericht vor:

Sehr geehrte Damen und Herren! Auf den Seiten 1 bis 6 des Ihnen vorliegenden Erläuterungsbandes sind die ansatzmäßigen und stellenplanmäßigen Veränderungen 1988 gegenüber 1987 im einzelnen dargestellt. Die Ausgabenansätze im Haushaltsentwurf 1988 in Höhe von insgesamt 3,995 Milliarden DM bleiben nahezu unverändert; sie verringern sich lediglich um 4,3 Millionen DM = 0,11 %. Es wäre jedoch falsch, den Haushalt 1988 als reinen Überrollungshaushalt zu bezeichnen. Das Gesamtvolumen des Haushaltsentwurfs 1988 resultiert nämlich vielmehr aus einer Reihe von ansatzmäßigen Verschiebungen zwischen den einzelnen Ausgabearten.

Charakteristisch für den Einzelplan 03 ist der hohe Personal-kostenanteil von 70 %, der im übrigen Landeshaushalt durchschnittlich rund 40 % ausmacht. Bedingt durch die jährlichen Tarifabschlüsse und Besoldungserhöhungen, die in der Regel weit über den Steigerungsraten für den Landeshaushalt liegen, stellt dieser hohe Personalkostenanteil natürlich im Einzelplan 03 einen besonderen Kostenfaktor dar. Dementsprechend ist der Mehrbedarf bei den Personalausgaben, der ausschließlich durch Besoldungs- und Tariferhöhungen bedingt ist, sehr hoch. Die Ansätze für Personalausgaben müssen daher 1988 allein um 38,3 Millionen DM erhöht werden. Der Ausgleich dieses Mehrbedarfs innerhalb der bisherigen Gesamtausgaben des Einzelplans 03 war jedoch möglich, ohne daß die Aufgabenerfüllung hierdurch irgendwie beeinträchtigt oder erschwert würde. Der Grund liegt darin, daß in entsprechendem Umfang in anderen Bereichen Ausgaben entfallen.

Der Mittelbedarf bei den Zuweisungen - Hauptgruppe 6 - konnte gegenüber 1987 um insgesamt 29,4 Millionen DM zurückgenommen werden. Ausschlaggebend hierfür war, daß 15,4 Millionen DM Rentenzahlungen und Fürsorgeleistungen im Bereich der Wiedergutmachung, bedingt durch natürliche Abgänge und entsprechend rückläufige Rentenzahl, entfallen. Weitere Minderausgaben entstehen dadurch, daß Kosten für Wahlen, nämlich 16,5 Millionen DM, die im vorigen Haushalt für die Bundestagswahl veranschlagt worden waren, 1988 ebenfalls entfallen.

Darüber hinaus wurden die Ansätze bei den sächlichen Verwaltungsausgaben um 4,2 Millionen DM, das sind 0,91 %, und bei den Investitionen, also Beschaffungen, um 9 Millionen DM = 5,6 % zurückgenommen. Wie Ihnen aus den Beratungen des Haushalts 1987 noch in Erinnerung sein dürfte, wurden damals für die Polizei zusätzliche Mittel von 11 Millionen DM für Sonderbeschaffungen im Rahmen der Sicherheitsmaßnahmen zur Terrorismusabwehr bereitgestellt, so daß die Rücknahme der

Ausschuß für Innere Verwaltung  
26. Sitzung

08.10.1987  
ei/sd-mm

9 Millionen DM 1988 keine Schmälerung des Beschaffungskontingents für die Polizei bedeutet. Im Gegenteil: Es stehen 1988 - ohne die einmaligen Sonderbeschaffungen 1987 - 2 Millionen DM mehr zur Verfügung. Auch wird die Verringerung der Sachausgaben um 4,2 Millionen DM von 466,8 Millionen DM im Jahre 1987 auf 462,6 Millionen DM im Jahre 1988 - das sind lediglich 0,91 % - keine Auswirkungen auf den Aufgabenvollzug im Bereich der inneren Sicherheit haben. Gegenüber den Ist-Ausgaben 1986 als Vergleichsmaßstab der veranschlagten Ausgaben für 1988 stehen sogar an Sachmitteln rund 18,5 Millionen DM mehr zur Verfügung.

Wenn ich in diesem Zusammenhang kurz auf die Pressemeldungen zu den Einsparungen bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen im Polizeibereich eingehe - das steht in unmittelbarem Zusammenhang damit -, dann darf ich zunächst auf das dargestellte Thema der Sonderbeschaffungen 1987 verweisen. Der überwiegende Teil dieser Sonderbeschaffungen bezog sich auf die Beschaffung von geschützten Fahrzeugen für gefährdete Personen bzw. polizeiliches Begleitpersonal. Der Beschaffungstitel erhöhte sich dementsprechend 1987 um diesen Sonderbeschaffungstitel. Die Pressemeldungen treffen also insofern zu: Gegenüber 1987 ist der Ansatz tatsächlich reduziert worden. Jedoch ist er auf die Höhe und das Niveau der Vorjahre zurückgeführt worden, so daß 1988 wieder wie in den Jahren vor 1987 ohne diese Sonderbewegungen die entsprechenden Beschaffungsmittel zur Verfügung stehen. Durch den Haushalt erzwungene Einsparungen bei der Beschaffung von Polizeifahrzeugen sind dadurch sicherlich nicht vonnöten.

Die Bauausgaben sind die einzige Ausgabeart, bei der man von einer Überrollung sprechen kann. Das Bauvolumen beträgt nach wie vor 72,2 Millionen DM. Bis auf zwei neue Bauvorhaben im Bereich der Polizei, wofür erstmalig Planungsmittel veranschlagt worden sind, dient das Baukontingent ausschließlich der Fortführung der in früheren Haushaltsjahren begonnenen Bauvorhaben. Von den insgesamt 72,2 Millionen DM entfallen 51,3 Millionen DM auf Bauvorhaben der Polizei. Der Rest entfällt auf Bauvorhaben der allgemeinen Verwaltung. Bei den genannten zwei Bauvorhaben handelt es sich zum einen um den Neubau für die Polizeidienststellen in Lüdenscheid mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 10 Millionen DM und zum anderen um einen Neubau für den Schutzbereich Marl mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 6 Millionen DM. Nähere Ausführungen und Begründungen zu diesen beiden Bauvorhaben, die übrigens auch schon im vorigen Jahr im Innenausschuß eine Rolle gespielt haben, finden Sie auf den Seiten 138 und 139 des Erläuterungsheftes.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
26. Sitzung

08.10.1987  
ei/sd-mm

Nun noch einige Worte zum Stellenplan. Aufgrund des Stellenabbaus der vergangenen Jahre tragen im Haushaltsplan des laufenden Jahres noch 27 Stellen einen kw-Vermerk. Von diesen 27 kw-Vermerken werden sich noch im Laufe dieses Jahres 19 erfüllen. Die entsprechenden Stellen werden im Haushaltsentwurf 1988 in Abgang gestellt. Für die kommenden Jahre, ab 1988 also, sind damit nur noch 8 kw-Vermerke zu erfüllen. Nach den Erfahrungen der Vorjahre ist mit einem kurzfristigen Abbau dieser Vermerke, weitgehend noch in den Jahren 1988 und 1989, zu rechnen.

Einschließlich der Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst geht die Gesamtzahl der Stellen im Einzelplan 03 um 27 zurück. Die Änderungen im einzelnen sind auf den Seiten 7 bis 62 des Erläuterungsheftes zu den einzelnen Kapiteln dargestellt. Erwähnen möchte ich noch, daß 334 Planstellen der Besoldungsgruppe A 7/A 6 der Schutzpolizei, auf denen bisher Polizeihauptwachmeisteranwärter geführt wurden, in Anwärterstellen umgewandelt worden sind. Dies ist im Haushaltsentwurf im Verfolg einer Forderung des Haushalts- und Finanzausschusses berücksichtigt worden.

Abschließend kann gesagt werden, daß der Haushaltsentwurf 1988 für den Einzelplan 03 keine spektakulären Änderungen beinhaltet. Dies war angesichts seiner Struktur als auf Bedarfsdeckung ausgerichteter Verwaltungshaushalt auch kaum anders zu erwarten. Ebenso wie in den Vorjahren wird jedoch sichergestellt, daß Polizei und Verwaltung die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung haben, um ihren Aufgaben wie bisher gerecht zu werden. Einschnitte in Standard und Umfang des Aufgabenvollzugs wird es daher nicht geben. Hier und da sind im Gegenteil Verbesserungen möglich; allerdings konnten sich die angesichts der Ihnen bekannten haushaltswirtschaftlichen Situation, die der Einzelplan 03 berücksichtigen muß, nur in engen Grenzen halten.

Abg. Reinhard (SPD) möchte angesichts der Tatsache, daß nur der heutige Tag für die Haushaltsberatungen zur Verfügung stehe, ein paar generelle Bemerkungen machen, woraus auch für die anderen Fraktionen zu ersehen sei, mit welchen möglichen Änderungsanträgen seitens der SPD-Fraktion gerechnet werden könne.

Er bedaure, daß die F.D.P.-Vertreterin nicht anwesend sei. Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, die die Landesregierung auffordere, den Haushaltsentwurf auf der nächsten Plenarsitzung zurückzuziehen, sei doch recht ungewöhnlich.

Was den Personaletat betreffe, befasse sich die SPD-Landtagsfraktion nach intensiven Gesprächen mit den Vertretern der Polizeigewerkschaften zum einen mit dem Problem der sogenannten Weyerlinge.



Ausschuß für Innere Verwaltung  
26. Sitzung

08.10.1987  
ei/sd-mm

Seitens der GdP werde über zuwenig Beförderungsstellen geklagt. In diesem Zusammenhang stehe auch der Vorschlag, eine Bündelung von A-9/A-10-Stellen vorzunehmen, nachdem vor einiger Zeit eine Bündelung der A-6/A-7-Stellen im mittleren Dienst erfolgt sei. Nach seinen Informationen gebe es rechtliche Bedenken gegen eine solche Regelung. Er bitte den Minister, diese Bedenken dem Ausschuß einmal vorzutragen.

Die SPD werde sich weiter bemühen, eine vernünftige, auch den Polizeigewerkschaften entgegenkommende Regelung in dieser Frage zu treffen. Die SPD werde allerdings noch in der Gesamtfraktion und der Regierung darüber reden und wahrscheinlich am 26. November hierzu einen Antrag stellen.

Der andere Punkt betreffe die Personalnot bei der Kriminalpolizei. Er wisse nicht, ob es möglich und erstrebenswert sei, Stellen der Schutzpolizei in den Kriminalpolizeibereich zu übertragen. Seine Fraktion werde noch intensive Nachforschungen und Überlegungen anstellen, um dem Ausschuß eine vernünftige Regelung vortragen zu können.

Was die Bauausgaben betreffe, erkläre sich die SPD-Fraktion mit dem Vorgetragenen einverstanden; die Anliegen des Innenausschusses seien gebührend berücksichtigt worden. So seien die Neubauvorhaben in Lüdenscheid und Marl entsprechend etatisiert worden.

Abg. Paus (CDU) kann der positiven Gesamtbewertung des Haushaltsentwurfs durch Abg. Reinhard und das Innenministerium nicht zustimmen. Was die sächlichen Mittel betreffe, könnten schon jetzt in den Kreispolizeibehörden Fortbildungsmaßnahmen nicht mehr stattfinden, weil die erforderlichen Mittel aus dem Reiseetat nicht vorhanden seien. Auch sei mitgeteilt worden, daß die Beamten nicht mehr als 50 km pro Tag fahren dürften. Wenn das nur zum Teil zutrefe, könne seine Fraktion sich nicht vorstellen, wie bei einer Kürzung der sächlichen Mittel um 1 % vernünftig gewirtschaftet werden solle. Die CDU-Fraktion halte weitere Einsparungen nicht mehr für möglich, sondern halte es für geboten, den Etat in diesem Bereich der Preisentwicklung anzupassen.

Auch beim Personaletat habe die CDU-Fraktion erhebliche Bedenken. Der Minister möge doch einmal erläutern, wie er mit einer schlichten Ansatzserhöhung von 1,4 % auskommen wolle. Wenn man die allgemeinen Verbesserungen für die Beamten im Wege des Bewährungsaufstiegs berücksichtige, könne er sich nicht vorstellen, wie das Ministerium bei etwa gleichbleibendem Personalbestand mit dieser geringen Personalkostensteigerung wirtschaften solle. Die CDU-Fraktion sehe auch die von Abg. Reinhard angesprochenen Personalprobleme, vorrangig bei der Kripo. Das Konzept des Ministers "S hilft K" sei wohl endgültig vom Tisch, weil es offenbar nicht

Ausschuß für Innere Verwaltung  
26. Sitzung

08.10.1987  
ei/sd-mm

funktioniert habe. Hier verweise er auf die letzte Veröffentlichung der Polizeigewerkschaft, in der der Minister selbst in einem Interview von der Aufgabe seines Konzeptes gesprochen habe.

Bei ständig steigender Kriminalität und bei einer insgesamt unbefriedigenden Aufklärungsquote könne man nicht immer nur appellieren, es müsse in diesem und jenem Bereich etwas getan werden, dann aber nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. In den Kreispolizeibehörden herrsche bei der Kripo weitgehend Frustration. Hier müsse etwas geschehen.

Nach Meinung der CDU sei es nicht vorrangig, daß im Beförderungsbereich etwas verbessert werde - auch wenn dies im Hinblick auf die Motivation der Beamten wünschenswert sei -, aber bei der herrschenden Personalnot, vor allem bei der Kripo, gebe es noch wichtigere Dinge. Es müßten zusätzliche Wege gefunden werden, wie man in den Bereichen, in denen die Aufgabenerledigung nicht mehr gewährleistet sei, den Personaleinsatz verstärken könne.

Beim Bauetat könne man sicher mit einer gewissen Zufriedenheit feststellen, daß die Bauvorhaben Lüdenscheid und Marl im Haushalt berücksichtigt worden seien.

Heute vormittag habe er sich zusammen mit anderen Angehörigen seiner Fraktion im Landeskriminalamt die katastrophale Unterbringung der Kriminaltechnik angeschaut. Es müsse verhindert werden, daß Gerichte eines Tages Gutachten aus dem Landeskriminalamt nicht mehr akzeptierten, weil Verwechslungen oder Fehler in der Zuordnung von Präparaten wegen der katastrophalen Unterbringung des kriminaltechnischen Dienstes nicht ausgeschlossen werden könnten. Hier müsse dringend etwas geschehen, zumal der Ruf der Kriminaltechnik und das Ansehen der Kriminalpolizei insgesamt auf dem Spiele stehe.

Ein Haushalt, der im sächlichen Bereich weiter zu erheblichen Einsparungen führe und der im Personalbereich keine Richtung aufzeige, wie sich die Dinge weiterentwickeln sollten, der sogar bei erheblichen Mehrbelastungen der Polizei einen Stellenabbau vorsehe, könne nicht befriedigend sein. Nach Meinung der CDU-Fraktion werde der Haushalt den Anforderungen der Kriminalitätsentwicklung, vor allem im Bereich der Kriminalpolizei, nicht gerecht. Insgesamt gebe er keine Antwort auf die gestellten Fragen, deshalb werde die CDU diesem Haushaltsentwurf wohl nicht zustimmen können.

Innenminister Dr. Schnoor greift die Frage der Bündelung von A-9/A-10-Stellen auf. Im mittleren Dienst habe man die Bündelung A 6/A 7 vornehmen können, weil bei der Polizei das Eingangsamt A 6